



## Umgang mit Corona-Leugnung

*Die Verbreitung von Fehlinformationen und Verschwörungstheorien beeinflusst die öffentliche Meinung und untergräbt das Vertrauen in die Entscheidungen der Behörden. Wir analysieren die mit dieser Situation verbundenen Herausforderungen und schlagen Wege vor, damit umzugehen.*

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Entscheidungen der Behörden hat während der zweiten Pandemiewelle im Vergleich zum Frühjahr 2020 abgenommen. Der gesellschaftliche Konsens über den angemessenen Umgang mit der Situation hat im Lauf des Sommers nachgelassen. Die (absichtliche oder unabsichtliche) Verbreitung von Fehlinformationen und von Verschwörungstheorien trägt zu dieser Entwicklung bei und kann die Bereitschaft untergraben, Schutzmassnahmen zu befolgen.

Es sind ungefähr zehn Verschwörungstheorien und Mythen im Zusammenhang mit COVID-19 im Umlauf (Wunderheilmittel, Virus im Labor gezüchtet und absichtlich freigesetzt usw.). Verschiedene wissenschaftliche Studien beschreiben das Profil und die Motivation derjenigen, die für solche Behauptungen besonders empfänglich sind. Diese können insbesondere dabei helfen, mit einer schwer verständlichen Situation besser zurechtzukommen, sie zu akzeptieren oder sich weniger ausgeliefert zu fühlen. Sie tragen zudem zu einem positiven Selbstbild bei, weil sie die eigene Einschätzung der Lage bestätigen und verstärken. Das gesetzlich verankerte Grundrecht auf Meinungsfreiheit gilt auch für Meinungen über Tatsachen und schützt somit auch Aussagen, die sachlich falsch sind (die Meinungsfreiheit unterliegt gleichzeitig natürlich auch gewissen Grenzen; so sind beispielsweise Aufrufe zu Hass oder Diskriminierung verboten).

Wir fassen mögliche Strategien im Umgang mit Verschwörungstheorien zusammen. Als Antwort auf (unbeabsichtigte) Fehlinformationen sollten Behörden sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft die Nutzung der von vielen internationalen Akteuren (WHO, UNESCO usw.) entwickelten Tools für Faktenchecks und die Förderung kritischen Denkens fördern. Interaktive Kommunikationsformate, die den Austausch mit Expertinnen und Experten, Behördenvertreterinnen und -vertretern sowie den Mitgliedern der Swiss National COVID-19 Science Task Force ermöglichen, sollten allen Gesellschaftsschichten aktiv zur Verfügung gestellt werden. Dies würde einem breit abgestützten Verständnis der Pandemie entgegenkommen, das Unsicherheiten, Fehler und Kosten durchaus einräumt, gleichzeitig aber auch die Vorteile der gemeinsamen Erarbeitung von Wissen und den Nutzen der verschiedenen Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit anerkennt.

Ein konsequentes Engagement der Behörden für Schutzmassnahmen und die Bedeutung ihrer Einhaltung durch die gesamte Bevölkerung kann dazu beitragen, die Zweifel jener zu verringern, denen es schwerfällt, sich inmitten widersprüchlicher Informationen eine eigene Meinung zu bilden. Es ist wichtig, soziale Spannungen nicht zu verschärfen; hierfür ist insbesondere eine Marginalisierung oder Verteufelung der Anhängerinnen und Anhänger von Verschwörungstheorien zu vermeiden. Denn auch die von ihnen verfochtenen Positionen sind Teil der demokratischen Debatte über den Umgang mit der Pandemie